

Kohl gegen Genscher. Der Streit über Führung und Ausrichtung der deutschen Außenpolitik in den Jahren 1987 bis 1990

Felix Diekmann

Nachdem 1982 eine Koalition aus CDU/CSU und FDP gebildet worden war, prägte die Zusammenarbeit zwischen dem neuen Bundeskanzler Helmut Kohl und Hans-Dietrich Genscher, der Bundesaußenminister und Vizekanzler blieb, die deutsche Politik. Zu Beginn war ihr Verhältnis gut. Anders als in der Schlussphase der sozialliberalen Koalition, in der eine vergiftete Atmosphäre geherrscht hatte, verlief die Arbeit in Kohls erster Legislaturperiode harmonisch. Günter Verheugen, bis 1982 ein enger Mitarbeiter von Genscher, sagte 1986: „Das Verhältnis zwischen Genscher und Kohl war auf der Seite Genschers nicht auf Berechnung aufgebaut. Das war reine Sympathie.“¹ Davon sollte wenig übrig bleiben. Bereits 1990 stellte der Journalist Udo Bergdoll fest, dass das Verhältnis der beiden „zerrüttet“² sei.

Diese Entwicklung ist nicht als persönlicher Bruch zu verstehen. Kohl und Genscher wussten um ihre gegenseitige politische Abhängigkeit. Stattdessen handelte es sich um die Entstehung eines Missgunst schaffenden Konkurrenzverhältnisses. Aus einem Konflikt über die Ausrichtung der deutschen Außenpolitik erwuchs ein Streit um ihre Führung. An ihrem Beginn stand eine innenpolitische Machtverschiebung im Jahr 1987, welche es Genscher ermöglichte, mit Kohl auf Augenhöhe zu agieren. Darauf folgten Konflikte über den richtigen Umgang mit dem neuen Generalsekretär der KPdSU, Michail Gorbatschow, die Europäische Währungsunion und die Oder-Neiße-Grenze, in deren Folge Genscher das Prinzip des Kanzlers in der Außenpolitik immer stärker infrage stellte. Bei der Aushandlung der deutschen Einheit und der Zukunft der europäischen Sicherheitsarchitektur sollten sich diese Konflikte schließlich kumulieren.

In der Forschung ist diese persönlich-politische Auseinandersetzung bisher noch nicht nachgezeichnet worden. Dies liegt daran, dass bisher mit der Begründung, dass zwischen den beiden in grundsätzlichen Fragen der Außenpolitik ein hohes Maß an Übereinstimmung geherrscht habe, die Schlussfol-

1 Zitiert nach: Manfred Schell: Die Kanzlermacher. Mainz 1986, S. 235.

2 Udo Bergdoll: Kohl und Genschers FDP. Porträt einer Zerrüttung. In: Reinhard Appel (Hrsg.): Helmut Kohl im Spiegel seiner Macht. Bonn 1990, S. 201–211.

gerung gezogen worden ist, dass der Streit keine großen Auswirkungen für die deutsche Außenpolitik gehabt hätte.³ Diese Deutung steht aber im Widerspruch zu der Tatsache, dass Kohl und Genscher bei so vielen Themen von höchster Bedeutung sehr grundsätzlich über die Ausrichtung der deutschen Außenpolitik gestritten haben. Daher soll an dieser Stelle argumentiert werden, dass sich Kohl und Genscher, auch wenn sie in Bezug auf Ziele und Methoden übereinstimmten, in der Einschätzung der historischen Situation in Bezug auf ihre Chancen und Risiken wesentlich unterschieden. Anhand der vier zentralen Konfliktfelder – Gorbatschow, Währungsunion, Oder-Neiße-Grenze und Wiedervereinigung – soll dargestellt werden, wie der Streit entstand und sich entwickelte, welche Auswirkungen er hatte und wann und wieso sich jeweils Kohl oder Genscher durchsetzte.

Dabei ist zu beachten, dass die Außenpolitik der Bundesrepublik das Ergebnis der politischen Willensbildung eines komplexen Geflechts vielfältiger Akteure darstellt, bei denen besonders die politischen Parteien von großer Bedeutung sind. Kohl und Genscher agierten innerhalb der Funktionssysteme ihrer Parteien, welche ihre eigenen Traditionen, Überzeugungen und Machtzentren hatten, die mit der Koalitionsräson in Einklang gebracht werden mussten. Dementsprechend standen hinter dem Streit nicht nur persönliche Ansichten, sondern auch die Positionen der CDU/CSU und FDP, welche durch Kohl und Genscher vertreten wurden und den Rahmen für ihr Handeln setzten.

1. Ein Außenminister auf Augenhöhe. Die Machtverschiebung 1987

Als der FDP 1983 mit sieben Prozent unerwartet deutlich der Wiedereinzug in den Bundestag gelang, hatte Genscher die größte Krise seiner politischen Karriere überstanden. Wäre die Partei an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert, wäre das sein politisches Ende gewesen. Trotzdem war Genscher geschwächt aus dem Koalitionswechsel hervorgegangen. Die FDP hatte im Vergleich zur letzten Bundestagswahl rund ein Drittel ihres Stimmenanteils verloren und war mit dem Aufstieg der Grünen konfrontiert, welche erstmals in den Bundestag eingezogen waren. Die neue Partei, die ähnliche Wählerschichten wie die FDP

³ Siehe als Beispiel: Andreas Wirsching: Der Weg zur deutschen Einheit. Die „deutsche Frage“ als roter Faden in der Politik Hans-Dietrich Genschers. In: Kerstin Brauchhoff/Irmgard Schwaetzer (Hrsg.): Hans-Dietrich Genschers Außenpolitik. Wiesbaden 2015, S. 245–261, hier S. 259.

ansprach,⁴ schien auf dem Weg zu sein, die schwächernde FDP als dritte Kraft im deutschen Parteiensystem abzulösen.⁵ Bei der Europawahl 1984 erhielt sie 8,2 Prozent, wogegen die FDP mit 4,8 Prozent an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterte. Schwer angeschlagen trat Genscher vom Parteivorsitz zurück. „Genscher-Dämmerung“⁶ titelte der Spiegel. Dass er Außenminister blieb, lag auch an den schwachen personellen Alternativen. Viele junge Politiker hatten die FDP infolge des Koalitionswechsels verlassen. Neuer Parteivorsitzender wurde der Europapolitiker Martin Bangemann, der als Spitzenkandidat im Wahlkampf blass geblieben war.

Zu diesem Zeitpunkt war Genscher weit davon entfernt, mit dem Kanzler auf Augenhöhe zu agieren.⁷ Kohl ließ wichtige Entscheidungen im Kanzleramt vorbereiten, wo sein Vertrauter Horst Teltschik eine Art Kommandozentrale für die deutsche Außenpolitik aufzubauen gedachte. Die ab 1983 schrittweise errichtete Sonderbeziehung zum französischen Staatspräsidenten Mitterrand wurde ganz wesentlich von Teltschik mit dessen Berater Jacques Attali ausgehandelt.⁸ Beim Saarbrücker Abkommen⁹ über den Abbau der Grenzkontrollen zwischen Frankreich und Deutschland war das Auswärtige Amt nicht eingebunden. Auch bei den daran anschließenden Verhandlungen über einen europaweiten Abbau, dem späteren Schengener Abkommen¹⁰, leitete das Kanzleramt die Verhandlungen.¹¹ Die Aufwertung des Kanzleramtes bedeutete allerdings nicht, dass Kohl Genscher von Entscheidungen ausschloss. Durch viele Telefonate und regelmäßige Treffen band der Kanzler seinen Außenminister

4 Franz Walter: Gelb oder Grün? Kleine Geschichte der besserverdienenden Mitte in Deutschland. Bielefeld 2010, S. 37.

5 Udo Leuschner: Die Geschichte der FDP. Von den Anfängen 1945 bis zur Verbanung aus dem Bundestag 2013. Münster 2015, S. 116–143.

6 Der Spiegel 26 (1984): „Genscher-Dämmerung. Abwärts mit der F.D.P.“ <<https://www.spiegel.de/spiegel/print/index-1984-26.html>> (26.3.2025).

7 Hans-Peter Schwarz: Helmut Kohl. Eine politische Biographie. München 2012, S. 360–365.

8 Ulrich Lappenküper: Mitterrand und Deutschland. Die enträtselte Sphinx. München 2011, S. 147–196.

9 Saarbrücker Abkommen vom 13. Juli 1984: <https://www.cvce.eu/de/obj/abkommen_zwischen_frankreich_und_der_brd_ueber_den_schrittweisen_abbau_der_kontrolle_n_an_der_deutsch_franzosischen_grenze_saarbrucken_13_juli_1984-de-46468e59-54ec-41c1-a15e-258d92568910.html> (20.3.2025).

10 Schengener Durchführungsabkommen vom 19. Juni 1990: <[https://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:42000A0922\(02\):DE:HTML](https://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:42000A0922(02):DE:HTML)> (20.3.2025).

11 Andreas Pudlat: Der lange Weg zum Schengen-Raum: Ein Prozess im Vier-Phasen-Modell. In: Journal of European Integration History 18 (2011), 2, S. 303–325.

eng ein.¹² Da es zu diesem Zeitpunkt keine wesentlichen Streitpunkte zwischen den beiden gab, stellte sich die Frage nach dem Primat in der Außenpolitik auch noch nicht.

Den Umschwung brachte die Bundestagswahl am 25. Januar 1987. Als Ende 1986 die CDU/CSU in Umfragen nahe der absoluten Mehrheit und die FDP nahe der Fünf-Prozent-Hürde lag, setzte der CSU-Parteivorsitzende Franz Josef Strauß auf eine Alleinregierung der CDU/CSU, in der er Genscher als Außenminister und Vizekanzler ablösen würde.¹³ Daraufhin machte die FDP Genschers Verbleib zum zentralen Wahlkampfthema.¹⁴ Um Weihnachten begannen die Umfragewerte der FDP auf Kosten der CDU/CSU zu steigen und im Januar verdrängte Genscher Finanzminister Gerhard Stoltenberg vom ersten Platz bei den persönlichen Beliebtheitswerten.¹⁵ Schließlich erreichte die CDU/CSU bei der Bundestagswahl nur enttäuschende 44,3 Prozent, wohingegen die FDP mit 9,1 Prozent unerwartet gut abschnitt. Kohl sprach in seinen Erinnerungen von einem „Eigentor“¹⁶.

Genschers Position war jetzt dreifach gestärkt. Erstens blieben seine Beliebtheitswerte hoch, zweitens hatte die FDP mehr Einfluss in der Koalition und drittens war er partiintern nun unantastbar. Kohls Plan, außenpolitische Kompetenzen ins Kanzleramt zu verlagern, war dadurch undurchführbar geworden. Bei den Koalitionsverhandlungen setzte Genscher durch, dass beide Staatsministerposten im Auswärtigen Amt von der FDP besetzt wurden. Teltschik sollte schließlich 1990, von Genscher frustriert, in die Wirtschaft wechseln.¹⁷ Damit war die Machtverschiebung allerdings noch nicht abgeschlossen. Auf Genschers Stärkung folgte eine Schwächung Kohls. Die lange geplante Steuerreform führte zum Dauerstreit und wurde weitestgehend zwischen den verschiedenen Interessen zerrieben. Zudem belastete die Affäre um

12 Stefan Fröhlich: Die innenpolitischen Kontroversen über die Europapolitik in der Regierung Kohl. In: Hanns Jürgen Küsters (Hrsg.): Deutsche Europapolitik Christlicher Demokraten. Von Konrad Adenauer bis Angela Merkel (1945–2013). Düsseldorf 2014, S. 363–382.

13 Elisabeth Noelle-Neumann/Matthias Reitzle: Was man aus der Bundestagswahl von 1987 lernen kann – Wahlforschung und Anwendung. In: Hans-Jochen Veen/Elisabeth Noelle-Neumann (Hrsg.): Wählerverhalten im Wandel. Bestimmungsgründe und politisch-kulturelle Trends am Beispiel der Bundestagswahl 1987. Paderborn 1991, S. 245–300.

14 Hans-Dietrich Genscher: Erinnerungen. Berlin 1995, S. 525 f.

15 Spiegel-Umfrage zur Bundestagswahl 1987 des Institut Emnid. Durchgeführt vom 2.-11. Januar 1987. <<https://www.spiegel.de/politik/wollen-noch-waehler-wechseln-a-0c8cf431-0002-0001-0000-000013521736>> (20.3.2025).

16 Helmut Kohl: Erinnerungen 1982–1990. München 2005, S. 475 f.

17 Ebd., S. 512.

den Schleswig-Holsteinischen Ministerpräsidenten Uwe Barschel die CDU. Hauptverlierer war dabei Stoltenberg, der nicht nur die Verantwortung für die Steuerreform trug, sondern auch Barschels Förderer gewesen war.¹⁸ Allerdings sackten auch Kohls Beliebtheitswerte in den Keller.¹⁹ Während Genscher über seiner Partei schwiebte, wurde Kohl in der CDU immer mehr infrage gestellt. Ende 1987 war damit eine neue Konstellation entstanden. Ein ungewöhnlich starker Außenminister stand einem angeschlagenen Bundeskanzler gegenüber.

2. Die Diskussion über den richtigen Umgang mit Gorbatschow

Seitdem Michail Gorbatschow 1985 Generalsekretär der KPdSU geworden war, wurde im Westen darüber gerätselt, wie sein Reformkurs zu bewerten sei. Sowohl Kohl als auch Genscher gingen zunächst davon aus, dass sich die sowjetische Politik nicht grundsätzlich ändern würde.²⁰ Ab 1986 entwickelten sich ihre Einschätzungen aber auseinander. Kohl blieb skeptisch. Er betrachtete Gorbatschow als gewieften Medienexperten, der den Westen spalten und die Bundesrepublik in den Neutralismus treiben wolle.²¹ Genscher dagegen war zunehmend überzeugt, dass sich die sowjetische Politik tatsächlich fundamental wandelte. Als er im Juli 1986 in Moskau mit Gorbatschow sprach,²² war er von dessen Offenheit und Klarheit positiv überrascht.²³

Im September 1986 konnte auch dank sowjetischen Entgegenkommens die Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa (KVAE) erfolgreich abgeschlossen werden. Für Genscher war dies nach seiner Moskaureise die zweite Erfahrung, die zum Wandel seiner Einschätzung führte.²⁴ Schon jetzt hätte er gerne eine Neuausrichtung der deutschen Politik gefordert. Allerdings entschied er sich, bis nach der Bundes-

18 Gerhard Stoltenberg: *Wendepunkte. Stationen deutscher Politik 1947 bis 1990*. Berlin 1997, S. 277–313.

19 Schwarz: *Kohl* (wie Anm. 7), S. 390–393.

20 Hermann Wentker: *Die Deutschen und Gorbatschow. Der Gorbatschow-Diskurs im doppelten Deutschland 1985–1991*. Berlin 2020, S. 41–55.

21 Schwarz: *Kohl* (wie Anm. 7), S. 456–461.

22 Gespräch Genschers mit Gorbatschow am 22. Juli 1986. In: *Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland (AAPD)* 1986, S. 1090–1105.

23 Vgl.: Hans-Dietrich Genscher: Interview des Deutschlandfunk Kultur am 2.3.2011. <<https://www.deutschlandfunkkultur.de/ich-hatte-das-gefühle-d-der-meint-das-ehrlich-100.html>> (20.3.2025).

24 Hermann Wentker: Hans-Dietrich Genscher und die Sowjetunion 1985–1989. Perzeption und Politik. In: *Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung* 33 (2021), S. 97–115, hier S. 102 f.

tagswahl 1987 zu warten.²⁵ Kohl dagegen hielt an seiner bisherigen Meinung fest. In einem Interview mit dem amerikanischen Nachrichtenmagazin Newsweek im Oktober 1986 machte er seine Vorbehalte gegenüber Gorbatschow deutlich und verglich ihn dabei mit dem nationalsozialistischen Propagandaminister Joseph Goebbels. Für Kohl wurde dies zum Kommunikationsdesaster.²⁶

Im Februar 1987 stellte Genscher seine Sicht über Gorbatschow in einer Rede vor dem Weltwirtschaftsforum in Davos vor.²⁷ Der Termin war klug gewählt. Durch das Gipfeltreffen mit dem amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan in Reykjavik hatte Gorbatschow bewiesen, dass er bereit war, seinen Worten Taten folgen zu lassen.²⁸ Genscher forderte, Gorbatschow nicht länger „mit verschränkten Armen“ zu begegnen, sondern seine Vorschläge „ohne Vorurteile und Illusionen“ zu prüfen. Es gelte, die „Möglichkeiten einer neuen Entwicklung im West-Ost-Verhältnis“ zu nutzen, um eine „europäische Friedensordnung“ zu entwickeln. Die Rede endete mit dem prägnanten Ausruf: „Nehmen wir Gorbatschow ernst, nehmen wir ihn beim Wort.“ Damit hatte sich Genscher deutlich von Kohl distanziert.

Aus dieser Distanz wurde Streit, als Gorbatschow sich Ende Februar 1987 bereit erklärte, über den Abbau landgestützter Nuklearraketen in Europa zu verhandeln. Kohl, Strauß und CDU-Verteidigungsminister Manfred Wörner fürchteten eine Denuklearisierung Europas, welche angesichts der konventionellen Überlegenheit des Warschauer Paktes unbedingt zu vermeiden sei.²⁹ Daher setzten sie sich dafür ein, dass Raketen mit einer Reichweite von 500 bis 1000 km nicht vollständig abgebaut werden sollten. Gegenüber dem belgischen Premierminister Wilfried Martens äußerte Kohl,³⁰ dass eine Null-Lösung bei diesen Waffen für ihn „nicht hinnehmbar“ sei. Abrüstung sei „kein Selbstzweck“ und Gorbatschow habe sowieso „bisher nicht viel getan“. Genscher sah das anders und forderte eine doppelte Null-Lösung, die neben den Nuklearraketen mit mittlerer Reichweite (1000 bis 5500 km) auch die mit kürzerer (500 bis 1000 km) umfassen sollte. Für ihn war die Gelegenheit

25 Genscher: Erinnerungen (wie Anm. 14), S. 516.

26 Schwarz: Kohl (wie Anm. 7), S. 456 f.

27 Hans-Dietrich Genscher: Rede vor dem World Economics Forum in Davos am 1.2.1987. In: Ders. (Hrsg.): Unterwegs zur Einheit. Reden und Dokumente aus bewegter Zeit. Berlin 1991, S. 137–150, hier S. 146 u. 150.

28 William Taubman: Gorbatschow. Der Mann und seine Zeit. Eine Biographie. München 2018, S. 309–370.

29 Christian Hacke: Neues Denken im Osten. Das Ende des Ost-West-Konflikts (1985–1989). In: Brauckhoff/Schwaetzer: Genschers Außenpolitik (wie Anm. 3), S. 193–201.

30 Gespräch Kohl mit Martens am 6. Mai 1987. In: AAPD 1987, S. 626–635.

gekommen, die „turmhohe sowjetische Überlegenheit bei den nuklearen Waffen zu beseitigen“, „den Teufelskreis von Rüstung, Gegenrüstung und erneuter Rüstung zu stoppen“ und eine „Revolution in der Abrüstung“ auszulösen.³¹ Den Wert der Raketen mit geringerer Reichweite für die Sicherheit der Bundesrepublik schätzte er dagegen als gering ein.

Daraus entwickelte sich ein handfester Koalitionsstreit. Kohl unterstellte Genscher, sich auf seine Kosten als Friedenspolitiker profilieren zu wollen. Gegenüber der Bild am Sonntag klagte ein anonymer Vertrauter Kohls: „Es ist einfach unanständig, uns wegen parteitaktischer Vorteile in die Ecke der Friedensstörer stellen zu wollen.“³² Die Stimmung in der Koalition war nun eisig. Erst nach wochenlanger Kontroverse einigte sich die Bundesregierung am 1. Juni 1987 darauf, der doppelten Null-Lösung unter der Bedingung, dass die deutschen Pershing IA Kurzstreckenraketen ausgenommen sein sollten, zuzustimmen.

Schnell zeigte sich jedoch, dass die Sowjetunion darauf bestand, die Pershing einzubeziehen. Da Frankreich, Großbritannien und die USA mit der doppelten Null-Lösung einverstanden waren, konnte Kohl sich dem auch nicht realistisch verweigern. Wäre es bei seiner Haltung geblieben, hätte er sich international isoliert, den Streit mit Genscher verschärft und der Friedensbewegung eine Möglichkeit gegeben, sich zu revitalisieren. Die CDU/CSU-Fraktion resignierte, wohingegen Strauß sich vergeblich gegen Kohl aufbäumte.³³ Am 26. August erklärte der Bundeskanzler seine Zustimmung. Damit war der Weg frei für den INF-Vertrag³⁴, der am 8. Dezember 1987 unterschrieben wurde. Im November 1988 sollte Gorbatschow dann durch die Ankündigung einer massiven einseitigen Abrüstung der konventionellen sowjetischen Streitkräfte endgültig alle Zweifel an seinen Intentionen zerstreuen.³⁵

Genscher hatte sich mit seiner Linie durchgesetzt und seine Einschätzung Gorbatschows hatte sich als richtig erwiesen. Seine Beziehung zu Kohl hatte jedoch gelitten. Genscher hatte nach dem Bild-Artikel einen Brief an Kohl geschrieben, in welchem er ihm versichert hatte: „meine Freundschaft zu Dir

31 Genscher: Erinnerungen (wie Anm. 14), S. 566 f.

32 Bild am Sonntag vom 17. Mai 1987: Raketen: So leidet die Freundschaft Kohl/Genscher.

33 Schwarz: Kohl (wie Anm. 7), S. 448 f.

34 Treaty Between The United States Of America And The Union Of Soviet Socialist Republics On The Elimination Of Their Intermediate-Range And Shorter-Range Missiles (INF Treaty), Washington 1987. <<https://2009-2017.state.gov/avc/trty/102360.htm#text>> (10.4.2025).

35 Wentker: Genscher und die Sowjetunion (wie Anm. 24), S. 112.

bleibt bestehen“³⁶. Zudem verzichtete er nach Kohls Einlenken auf jedes Triumphgeheul.³⁷ Dennoch war weiterer Streit vorprogrammiert. Genscher hatte das Primat des Kanzlers erfolgreich infrage gestellt und mit der Europäischen Währungsunion gab es ein weiteres Anliegen, bei dem er einen Richtungswechsel einleiten wollte.

3. Die Entscheidung für eine Europäische Währungsunion

Sowohl Kohl als auch Genscher waren überzeugte Anhänger der Europäischen Einigung. Ihre gemeinsamen Anstrengungen hatten wesentlich dazu beigetragen, dass mit der Einheitlichen Europäischen Akte (EEA)³⁸ 1986 der Weg zur Vollendung des Binnenmarktes geebnet worden war. Beide waren auch grundsätzlich Anhänger einer Europäischen Währungsunion. Uneinigkeit herrschte aber bei der Frage, wann mit ihrer Errichtung begonnen werden sollte. Während Genscher das Projekt möglichst umgehend angehen wollte, plante Kohl, sich aus innenpolitischen Gründen Zeit zu lassen.

Bereits während der Verhandlungen über die EEA war das Thema aufgekommen und im November 1985 hatte das Bundeskabinett darüber diskutiert. Stoltenberg hatte eine Liberalisierung des Kapitalverkehrs und eine stabilitätsorientierte Konvergenz der Wirtschafts- und Finanzpolitik als Vorbedingungen gefordert. Dahinter stand die vom Finanzministerium und der Bundesbank favorisierte Deutung, dass die Währungsunion als Krönungsakt am Ende der Europäischen Einigung stehen solle. Genscher hatte widersprochen und gewarnt, Deutschland werde sich durch eine Verweigerungshaltung in der Gemeinschaft isolieren. Dabei unterstützte ihn Wirtschaftsminister Bangemann, der betonte, dass sich Deutschland, wenn es seine währungspolitischen Vorstellungen durchsetzen wolle, einer Diskussion nicht verweigern dürfe. Kohl hatte schließlich Stoltenberg beigeplichtet und die Debatte damit beendet. Für den Kanzler stellte es eine „innenpolitische Frage von äußerster Wichtigkeit“ dar, dass die Bundesbürger ihr Vertrauen in die Währungsstabilität nicht verlieren. Daraufhin hatte Deutschland Verhandlungen über die Währungsunion blockiert, was aufgrund der starken Stellung der D-Mark bedeutete, dass das Projekt nicht weiterverfolgt werden konnte.³⁹

36 Brief von Genscher an Kohl vom 18. Mai 1987. In: AAPD 1987, S. 709.

37 Genscher: Erinnerungen (wie Anm. 14), S. 574.

38 Mitgliedsländer der Europäischen Gemeinschaft: Einheitliche Europäische Akte vom 29.06.1987. <<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:II19866U/TXT>> (10.4.2025).

39 Ministergespräch am 28. November 1985. In: AAPD 1985, S. 1696–1702. Zitat S. 1700.

Anfang 1988 nahm Genscher diese Diskussion wieder auf. Dies war das Ergebnis mehrerer Entwicklungen des Jahres 1987. Erstens waren, wie beschrieben, Genscher gestärkt und Stoltenberg geschwächt aus dem Jahr hervorgegangen. Zweitens war Genscher überzeugt, dass die neue Dynamik im Ost-West-Verhältnis auch ihre Entsprechung im europapolitischen Prozess finden müsse.⁴⁰ Wo auch immer Gorbatschows Politik hinführen würde, die Europäische Gemeinschaft sollte bereit sein, den Umbruch mitzugestalten. Drittens war Genscher nach der Währungskrise 1986/87 und dem Börsencrash vom 13. Oktober 1987 zu der Schlussfolgerung gekommen, dass eine Europäische Währungsunion der beste Schutz vor neuen Krisen böte.⁴¹ Viertens hatte sich Frankreich in Folge dieser Krisen dazu durchgerungen, die deutschen Vorstellungen von Währungsstabilität und Liberalisierung des Kapitalverkehrs zu akzeptieren,⁴² was die Argumente entkräftete, die Stoltenberg vorgebracht hatte.

Am 25. Februar 1988 forderte Genscher im Bundestag, die Verweigerungshaltung aufzugeben.⁴³ Am nächsten Tag veröffentlichte er ein nicht mit dem Kabinett abgestimmtes Memorandum, in dem die Schaffung einer unabhängigen und der Geldwertstabilität verpflichteten Europäischen Zentralbank nach Vorbild der Bundesbank vorgeschlagen wurde. Zwar protestierten das Finanzministerium und die Bundesbank gegen Genschers Vorgehen, da sie aber nicht plausibel erklären konnten, warum sich Deutschland gegen eine Währungsunion stellen solle, die vollständig deutschen Vorstellungen entsprach, behielt Genscher die Oberhand. Dabei zeigte die Debatte, wie stark Genschers Stellung in der FDP geworden war. 1985 hatte der Anführer des wirtschaftsliberalen Flügels der Partei Otto Graf Lambsdorff noch öffentlich die Position der Bundesbank unterstützt.⁴⁴ Jetzt stand er wie die gesamte Partei hinter Genscher. Nachdem sich führende Vertreter der Wirtschaft und Politiker aus

40 Victor Jaeschke: Die FDP, Europa und das Ende des Ost-West-Konflikts 1987–1992. In: *Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung* 33 (2021), S. 117–138, hier S. 118 f.

41 Kenneth Dyson/Kevin Featherstone: *The Road to Maastricht. Negotiating Economic and Monetary Union*. Oxford/New York 1999, S. 162 f.; Hans-Dietrich Genscher: Rede vor dem Europäischen Parlament in Straßburg am 20. Januar 1988. In: *Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik* (Hrsg.): *Europa-Archiv* 6 (1988), S. 149–158.

42 Frédéric Bozo: In search of the Holy Grail. France and European Monetary Unification, 1984–1989. In: Michael Gehler/Wilfried Loth (Hrsg.): *Reshaping Europe. Towards a Political, Economic and Monetary Union, 1984–1989*. Baden-Baden 2020, S. 283–330.

43 Hans-Dietrich Genscher: Rede vor dem Bundestag am 25.2.1988. <<https://dserver.bundestag.de/btp/11/11061.pdf>> (10.4.2025).

44 Otto Graf Lambsdorff: Rede vor dem Bundestag am 27.11.1985. <<https://dserver.bundestag.de/btp/10/10177.pdf>> (10.4.2025).

allen Parteien hinter das Memorandum gestellt hatten, beschloss Kohl, der zuerst abwartend reagiert hatte, ebenfalls Genschers Position einzunehmen.⁴⁵

Entschlossen, nicht als Getriebener dazustehen, übernahm Kohl nun die Führung. Am 2. Juni erhielt er von Mitterrand die endgültige Zustimmung zur Liberalisierung des Kapitalverkehrs. Insgeheim versprach Kohl als Gegenleistung, dass er auf dem nächsten Gipfeltreffen des Europäischen Rates im Juni 1988 in Hannover einem Ausschuss der Notenbankgouverneure unter Führung von Kommissionspräsident Jaques Delors zustimmen würde.⁴⁶ Weder das Kabinett noch die Bundesbank wurden davon in Kenntnis gesetzt. Nachdem sich Kohl am ersten Tag des Gipfels versichert hatte, dass die britische Premierministerin Margaret Thatcher den Ausschuss nicht verhindern würde, schickte er am Abend seinen Berater Joachim Bitterlich zu Delors, um einen Entwurf für die offiziellen Schlussfolgerungen des Rates auszuarbeiten. Am nächsten Morgen ließ er diesen Entwurf dem mitgereisten Staatssekretär des Finanzministeriums Hans Tietmeyer zeigen, wodurch die Anhänger des Blockadekurses von Kohls Positionswechsel erfuhren.⁴⁷

Tietmeyer informierte telefonisch Bundesbankpräsident Karl Otto Pöhl, der sich von Kohl verraten fühlte und im ersten Impuls die Berufung in den Ausschuss verweigern wollte. Tietmeyer, der zwar Pöhls inhaltliche Position teilte, gegenüber Kohl aber loyal war, konnte ihn jedoch davon überzeugen, teilzunehmen. Pöhl schrieb noch einige wütende Briefe an Kohl, auf die er aber keine Antwort erhielt. Ändern konnte er nichts mehr. Daher kam Pöhl, wie von Genscher gehofft, zu der Schlussfolgerung, dass es jetzt am besten sei, die deutschen Interessen offensiv zu vertreten. Der Abschlussbericht⁴⁸, den der Ausschuss im April 1989 vorlegte, folgte schließlich weitgehend der von Genscher vorgezeichneten Linie und sollte zum Ablaufplan der Euro-Einführung werden.⁴⁹

45 Wilfried Loth: Helmut Kohl und die Währungsunion. In: *Vierteljahrsschriften für Zeitgeschichte* 61 (2013), 4, S. 455–480, hier S. 460 f.

46 Dyson/Featherstone: *Road to Maastricht* (wie Anm. 41), S. 337–340.

47 Joachim Bitterlich: *Grenzgänger: Deutsche Interessen und Verantwortung in und für Europa*. Erinnerungen eines Zeitzeugen. Stuttgart 2021, S. 101–103; Loth: *Kohl und die Währungsunion* (wie Anm. 45), S. 461.

48 Committee for the Study of Economic and Monetary Union (Delors-Committee): *Report on economic and monetary union in the European Community*, 12.4.1989. <https://www.cvce.eu/en/obj/report_on_economic_and_monetary_union_in_the_european_community_12_april_1989-en-725f74fb-841b-4452-a428-39e7a703f35f.html> (10.4.2025).

49 Dyson/Featherstone: *Road to Maastricht* (wie Anm. 41), S. 340 f.; Loth: *Kohl und die Währungsunion* (wie Anm. 45), S. 461 f.; Bitterlich: *Grenzgänger* (wie Anm. 47), S. 102 f.

Innerhalb rund eines Jahres war es Genscher damit gelungen, bei zwei der wichtigsten Anliegen der deutschen Außenpolitik seine Linie durchzusetzen. Wie bei Gorbatschow war auch bei der Währungsunion entscheidend gewesen, dass er sowohl in Deutschland als auch bei den Verbündeten wichtige Unterstützer fand, die ihm halfen, auf den Kanzler Druck auszuüben. Dass Kohl – anders als bei der doppelten Null-Lösung – diese Auseinandersetzung offenbar nicht besonders persönlich nahm, lag wahrscheinlich daran, dass er diesmal keine grundsätzlichen Einwände gegen Genschers Position hatte. Dennoch gingen die beiden mit einem angespannten Verhältnis in das Jahr 1989.

4. Der Streit über die Oder-Neiße-Grenze

Am 18. Juni 1989 erschütterte ein politisches Beben die Bundesrepublik. Die rechtspopulistischen Republikaner erhielten bei der Europawahl 7,1 Prozent, wohingegen die CDU/CSU 8,1 Prozent verloren und auf 37,8 Prozent absackten. Laut Kohls Erinnerungen wäre sein Sturz „unausweichlich“⁵⁰ gewesen, wenn die SPD stärkste Partei geworden wäre, doch zu seinem Glück schritt diese einen halben Prozentpunkt schlechter ab als die CDU/CSU. Dennoch war Kohls Position jetzt prekär. Um seine politische Zukunft zu sichern, hatte Kohl bereits im April 1989 ein Bündnis mit dem neuen CSU-Vorsitzenden Theo Waigel geschlossen,⁵¹ der daraufhin als Finanzminister in sein Kabinett eingetreten war. Damit hatte sich Kohl jedoch in die Abhängigkeit der CSU begeben, und diese räumte dem Ziel, Wähler von den Republikanern zurückzugewinnen, oberste Priorität ein.

Dabei knüpfte die CSU an ihre Erfahrungen mit der rechtsradikalen NPD an, welche bei der Bundestagswahl 1969 über vier Prozent der Stimmen erhalten hatte. In der Selbstwahrnehmung der CSU war es Strauß gewesen, der mit seiner Polemik gegen die Neue Ostpolitik die rechten Wähler zurückgewonnen und die NPD marginalisiert hatte. Hier versuchte Waigel anzuschließen, als er am 1. Juli beim Deutschlandtreffen der Landsmannschaft Schlesien in Hannover vor einer großen Karte, die Deutschland in den Grenzen von 1937 zeigte, sagte: „Mit der Kapitulation am 8. Mai 1945 ist das Deutsche Reich nicht untergegangen“⁵² Damit stellte er die Oder-Neiße-Grenze infrage, wel-

50 Kohl: Erinnerungen 1982–1990 (wie Anm. 16), S. 898.

51 Theo Waigel: Ehrlichkeit ist eine Währung. Erinnerungen. Berlin 2019, S. 298 f.

52 Zitat aus: Die Zeit 28 (1989): Worte der Woche (7.7.1989). <<https://www.zeit.de/1989/28/worte-der-woche/komplettansicht>> (10.4.2025).

che die Bundesrepublik 1970 im Warschauer Vertrag⁵³ anerkannt hatte. Von Kohl kam kein Widerspruch. Selbst als er im August seine parteiinternen Widersacher besiegt und alle Putschpläne im Keim erstickt hatte,⁵⁴ wies er Waigel nicht in die Schranken. In Interviews betonte Kohl zwar die Aussöhnung mit Polen, vermied aber eindeutige Aussagen zur Oder-Neiße-Grenze, wobei er wie Waigel formaljuristisch⁵⁵ argumentierte, dass nur ein wiedervereinigtes Deutschland in der Lage sei, eine endgültige Entscheidung über die Grenze zu treffen.⁵⁶

Natürlich strebten weder Kohl noch Waigel tatsächlich eine Grenzrevision an. Ihr Motiv war, bei der Bundestagswahl 1990 rechte Wähler zu gewinnen. Ob das funktioniert hätte, wenn die Wahl unter gewohnten Umständen stattgefunden hätte, darf bezweifelt werden. Die Wähler der Republikaner waren nicht durch Grenzfragen motiviert, sondern durch ihre Angst vor Zuwanderung, die durch die gestiegene Zahl von Asylanträgen und Spätaussiedlern angefacht wurde.⁵⁷ Zudem zeigte sich bereits, dass die Umstände außergewöhnlich waren. In der Nacht zum 11. September, demselben Tag, an dem Kohl auf dem Bremer CDU-Parteitag triumphierte, wurde die Grenze zwischen Ungarn und Österreich geöffnet. Der Eiserne Vorhang war durchlässig geworden.

Genscher war sich völlig bewusst, dass jede Unklarheit bei der Oder-Neiße-Grenze das Vertrauen in Deutschland untergrub und eine Belastung für die deutsche Außenpolitik darstellte. Zudem lehnte er das Verhalten von Kohl und Waigel auch moralisch ab. Im Gespräch mit dem damaligen polnischen Ministerpräsidenten Wojciech Jaruzelski hatte er 1985 gesagt, dass der Warschauer Vertrag „den Teufelskreis von Unrecht und Gegenunrecht durchbrochen“ habe

53 Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen vom 7. Dezember 1970 (Warschauer Vertrag). <https://www.bgblerichterstattung.de/xaver/bgblerichterstattung/Text_0&tocf=&qmfc=&hlfc=xaver.component.Text_0&bk=bgblerichterstattung&node_id%3D%2F%2F*%5B%40node_id%3D%271117646%27%5D&skin=pdf&tlevel=-2&nohlist=1&sinst=24E48B25> (10.4.2025).

54 Schwarz: Kohl (wie Anm. 7), S. 520–527.

55 Dabei bezogen sie sich auf den Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 7. Juli 1975 zu den Verfassungsbeschwerden über die Rechtmäßigkeit der Verträge von Moskau und Warschau (BVerfG 40, 141 – Ostverträge). <<https://www.servat.unibe.ch/dfr/bv040141.html>> (10.4.2025).

56 Peter Römer: Geteilte Geschichte, geteilte Politik. Der deutschpolnische Streit um die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze 1989/90. In: Marcus Böck/Anja Hertel/Franziska Kuschel (Hrsg.): Aus einem Land vor unserer Zeit. Eine Lesereise durch die DDR-Geschichte. Berlin 2012, S. 243–253, hier S. 247.

57 Moritz Fischer: Die Republikaner. Geschichte einer rechtsextremen Partei 1983–1994. Göttingen 2024, S. 304–383.

und für ihn daher „nicht ein einfacher Vertrag wie jeder andere“⁵⁸ sei. Des Weiteren war die – gegen große innenpolitische Widerstände erkämpfte – Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze mittlerweile zum Kernbestand der politischen Identität der FDP geworden. Nachdem Genscher Waigels Äußerungen öffentlich missbilligt und sogar den Fortbestand der Koalition infrage gestellt hatte,⁵⁹ griff er zu einem drastischen Mittel. Ohne Absprache mit Kohl richtete sich Genscher am 27. September 1989 vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen direkt an den anwesenden polnischen Außenminister und sagte:

„Das polnische Volk ist vor fünfzig Jahren das erste Opfer des von Hitler-Deutschland vom Zaune gebrochenen Krieges geworden. Es soll wissen, dass sein Recht, in sicheren Grenzen zu leben, von uns Deutschen weder jetzt noch in Zukunft durch Gebietsansprüche in Frage gestellt wird. Das Rad der Geschichte wird nicht zurückgedreht. Wir wollen mit Polen für ein besseres Europa der Zukunft arbeiten. Die Unverletzlichkeit der Grenzen ist Grundlage des friedlichen Zusammenlebens in Europa.“⁶⁰

Damit gewann der Streit zwischen Kohl und Genscher eine neue Dimension. Bei seiner Rede in Davos und mit seinem Memorandum zur Währungsunion hatte Genscher zumindest theoretisch nur als Privatmann Vorschläge unterbreitet. Jetzt hatte er in seiner offiziellen Funktion als Außenminister dem erklärten Willen des Bundeskanzlers widersprochen, was als Missachtung der Richtlinienkompetenz angesehen werden könnte.⁶¹ Für die Koalition war das eine starke Belastung. Nachdem die SPD einen Entschließungsantrag in den Bundestag eingebracht hatte, in dem Genschers Aussage vor den Vereinten Nationen im Wortlaut wiederholt wurde, hatten die Koalitionspartner große Mühe, eine Antwort zu geben. Schließlich einigten sie sich darauf, am 9. November 1989 einen eigenen Antrag einzubringen, in dem Genschers Aussage

58 Gespräch Genschers mit Jaruzelski am 6. März 1985. In: AAPD 1985, S. 307–320.

59 Römer: Geteilte Geschichte (wie Anm. 56), S. 247.

60 Hans-Dietrich Genscher: Rede vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 27.9.1989. Zitiert nach: Tim Geiger: Die deutsche Einheit als Beitrag zu einem System gesamteuropäischer Sicherheit. Hans-Dietrich Genschers Handschrift im Prozess der deutschen Einigung 1989/90. Teil 1. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 33 (2021), S. 139–167, hier S. 158.

61 Artikel 65 des Grundgesetzes stellt die Richtlinienkompetenz des Kanzlers der Eigenverantwortung der Minister für ihren Geschäftsbereich gegenüber. Was das genau bedeutet, ist dort nicht näher definiert und niemals gerichtlich geklärt worden. Es ist aber unstrittig, dass der Kanzler seine Richtlinien in jeder Form erteilen kann und dass die Minister verpflichtet sind, im Rahmen dieser Richtlinien zu handeln. Vgl. Peter Huber/Rupert Scholz (Hrsg.): Grundgesetz: Kommentar. Bd. 6. Ergänzungslieferung 106. München 2024.

um den Zusatz „für die Bundesrepublik“ ergänzt wurde, was der CDU/CSU ermöglichte, ihren formaljuristischen Einwand in einer separaten Erklärung zu bekräftigen.⁶² Dadurch war der Konflikt aber nur vertagt.

Noch am selben Tag wurden infolge einer missverständlich kommunizierten Reiseregelung der DDR-Führung die Grenzübergänge in Berlin geöffnet. Kohl, der gerade zum Staatsbesuch in Polen eingetroffen war, entschloss sich daraufhin zur Enttäuschung seiner Gastgeber, umgehend nach Berlin weiterzufliegen.⁶³ Ohne dass der Streit um die Oder-Neiße-Grenze geklärt worden war, kehrte nun die deutsche Wiedervereinigung auf die Agenda der Weltpolitik zurück. Im Verhältnis zwischen Kohl und Genscher existierte damit ein ungelöstes Problem, welche es weiter belasten sollte.

5. Die Verhandlungen zur deutschen Wiedervereinigung

Nach dem Fall der Mauer war das SED-Regime am Ende. Innerhalb weniger Wochen zerfiel es auf allen Ebenen. Die sozialistische Diktatur war untergegangen. Nun verschob sich der Fokus der Revolution auf die Einheit.⁶⁴ Ende November 1989 wurde deutlich, dass die überwiegende Mehrheit der Menschen in Ostdeutschland eine Wiedervereinigung befürwortete. Dadurch geriet die Bundesregierung unter Handlungsdruck, woraufhin Kohl begann, eine Initiative zu planen.⁶⁵ Genscher sollte dabei möglichst außen vor gelassen werden. In Kohls Umfeld wurde er als Konkurrent wahrgenommen. Sein großer Auftritt in der Prager Botschaft war dort missgünstig aufgenommen worden. Dabei behielt Kohl die innenpolitische Fokussierung bei, die er seit der Europawahl angenommen hatte. Statt seine Initiative mit einer Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze zu verbinden, benutzte er sie für einen Versuch, den nächsten Schritt zur Währungsunion bis nach der Bundestagswahl zu verzögern.

Seit dem Treffen des Europäischen Rats in Madrid im Juni war der Weg zur Regierungskonferenz geöffnet. Kohl hatte Paris auch schon signalisiert, dass er bereit sei, beim nächsten Treffen des Rats im Dezember zu vereinbaren, dass die Konferenz Ende 1990 beginnen solle.⁶⁶ Bei seinem Abendessen mit

62 Römer: Geteilte Geschichte (wie Anm. 56), S. 248; Geiger: Deutsche Einheit (wie Anm. 60), S. 159.

63 Kohl: Erinnerungen 1982–1990 (wie Anm. 16), S. 964–968.

64 Andreas Rödder: Geschichte der deutschen Wiedervereinigung. München 2011, S. 35–41.

65 Kohl: Erinnerungen 1982–1990 (wie Anm. 16), S. 988 f.

66 Loth: Kohl und die Währungsunion (wie Anm. 45), S. 465.

Mitterrand am 24. Oktober distanzierte er sich jedoch von diesem Zeitplan. Nach dem Fall der Mauer beschloss Kohl endgültig, den Start der Regierungskonferenz bis nach der Bundestagswahl zu verschieben. Am 27. November schlug er Mitterrand per Brief einen Beginn der Regierungskonferenz im März 1991 vor.⁶⁷ Innenpolitisch war es verständlich, dass Kohl im Wahlkampf keine Diskussion um die populäre D-Mark führen wollte. Außenpolitisch hatte er jedoch einen Fehler begangen, denn in Paris wertete man den Brief als verdeckte Absage. Attali notierte: „Die deutschen Probleme werden die europäische Konstruktion hinwegfegen.“⁶⁸

Einen Tag später, am 28. November, stellte Kohl sein Zehn-Punkte-Programm vor.⁶⁹ Kohl hatte weder den Koalitionspartner noch die europäischen Verbündeten im Voraus informiert, sodass sowohl Genscher als auch Mitterrand überrascht wurden. Von der FDP wurde die Nichterwähnung der Oder-Neiße-Grenze als schwerer Fehler angesehen.⁷⁰ In Paris wurde sogar eine Abwehrreaktion ausgelöst. Noch am selben Tag rief Mitterrand an und forderte aufgebracht die Einsetzung der Regierungskonferenz, die definitive Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze und die Bekräftigung des Atomwaffenverzichts der Bundesrepublik als Vorbedingungen zur Wiedervereinigung.⁷¹

Mitterrands Verhalten beruhte vor allem auf historisch gewachsenen Ängsten und Perzeptionen,⁷² wobei seine persönlichen Erfahrungen im Zweiten Weltkrieg eine Rolle spielten. Die Wiedervereinigung verhindern, wollte er nicht. Stattdessen war sein Ziel, Deutschlands langfristige europäische Einbindung zu sichern, wofür er die Währungsunion als Garantie ansah.⁷³ Seine heftige Reaktion war daher vor allem das Ergebnis der Unsicherheit, die Kohl durch seine Volten zur Währungsunion und Oder-Neiße-Grenze geschaffen hatte. Genscher flog am 30. November nach Paris. Dort beruhigte er den Präsidenten und gab ihm die ersehnte Zusage zum Start der Regierungskonfe-

67 Brief Kohls an Mitterrand. In: Hans Jürgen Küsters (Hrsg.): Deutsche Einheit. Dokumente zur Deutschlandpolitik. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90. Berlin 1998. Dokument 100 und 100A, S. 565–567.

68 Jaques Attali: *Verbatim. Tome 3: Chronique des années 1988–1991*. Paris 1995, S. 349.

69 Helmut Kohl: Rede im Bundestag am 28. November 1989. <<https://dserver.bundestag.de/btp/11/11177.pdf>> (20.4.2025).

70 Kohl: *Erinnerungen 1982–1990* (wie Anm. 16), S. 1002.

71 Loth: *Kohl und die Währungsunion* (wie Anm. 45), S. 467.

72 Frederike Schotters: *Frankreich und das Ende des Kalten Krieges. Gefühlsstrategien der équipe Mitterrand 1981–1990*. Berlin/Boston 2019, S. 352–397.

73 Georges Saunier: *France, the East European Revolutions, and the Reunification of Germany*. In: Wolfgang Mueller u.a. (Hrsg.): *The Revolutions of 1989: A Handbook*. Wien 2015, S. 385–402.

renz.⁷⁴ Diese sollte, wie von Frankreich gewünscht, im Dezember 1990 beginnen und schließlich zum Vertrag von Maastricht⁷⁵ führen.

Genscher, der sich durch diese Episode bestätigt fühlte, begann jetzt noch eigenständiger zu agieren. Streckenweise arbeiteten Kohl und Genscher sogar aneinander vorbei. Da Genscher und Teltschik sich Informationen vorenthielten, waren die USA manchmal besser darüber informiert, welchen Standpunkt sie jeweils zu einem Thema einnahmen, als der eine vom anderen.⁷⁶ Dabei beabsichtigte Genscher, wie er beim NATO-Außenministertreffen am 14. Dezember 1990 erläuterte, eine „Friedensordnung vom Atlantik bis zum Ural“ zu schaffen, wobei die beiden Bündnisse erhalten bleiben, aber in „kooperativen Sicherheitsstrukturen“ überführt werden sollten.⁷⁷

Als Gorbatschow am 30. Januar 1990 sein grundsätzliches Einverständnis für eine deutsche Wiedervereinigung in Aussicht gestellt hatte, betonte Genscher am nächsten Tag, dass es „eine Ausdehnung des Nato-Territoriums nach Osten [...] nicht geben“ werde.⁷⁸ Dies stellte einen Versuch dar, Gorbatschow davon zu überzeugen, der NATO-Mitgliedschaft eines vereinten Deutschlands zuzustimmen. Ursprünglich wurde Genscher dabei vom amerikanischen Außenminister James Baker unterstützt; allerdings entschied sich Präsident George Bush schon bald, diesen Verhandlungsweg nicht weiterzuverfolgen. Zugleich wurde Genscher von Wörner, mittlerweile NATO-Generalsekretär, und von Stoltenberg, mittlerweile Verteidigungsminister, heftig kritisiert. Aus ihrer Sicht gab es keinen Grund, warum der Westen präventiv ein Zugeständnis machen sollte, um das Gorbatschow noch nicht einmal gebeten hatte. Ende Mai einigten sich Bush und Kohl in Camp David dann darauf, dass die Zustimmung der Sowjetunion nicht durch politische Zugeständnisse, sondern durch finanzielle Unterstützung erreicht werden solle. Dies wurde zur Verhandlungsstrategie des Westens. Genscher verfolgte seine Linie zwar noch weiter, aber das Verhandlungsergebnis sollte das nicht mehr beeinflussen.⁷⁹

74 Genscher: Erinnerungen (wie Anm. 14), S. 676–680.

75 Mitgliedsländer der Europäischen Gemeinschaft: Vertrag über die Europäische Union. Maastricht 1992. <<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:II1992M/TXT>> (20.4.2025).

76 Mary Elise Sarotte: Nicht einen Schritt weiter nach Osten. Amerika, Russland und die wahre Geschichte der Nato-Osterweiterung. München 2023, S. 76.

77 Genschers Vortrag beim NATO-Außenministertreffen am 14. Dezember. In: AAPD 1989, S. 1758.

78 Zitiert nach: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19.4.2014: Ost-Erweiterung der Nato: Das große Rätsel um Genschers angebliches Versprechen. <<https://www.faz.net/aktuell/politik/ost-erweiterung-der-nato-was-versprach-genscher-12902411.html>> (20.4.2025).

79 Sarotte: Nicht einen Schritt weiter (wie Anm. 76), S. 73–104.

Nachdem die Volkskammerwahl in der DDR am 18. März 1990 bewiesen hatte, dass die Mehrheit der Ostdeutschen eine schnelle Wiedervereinigung wünschte, reisten Kohl und Genscher am 23. März gestärkt zu jeweils einer europäischen Institution. Kohl traf die Europäische Kommission in Brüssel, wohingegen Genscher vor der WEU-Versammlung in Luxemburg sprach. Da die Kommission anders als die meisten nationalen Regierungen ihrer Mitgliedstaaten die Wiedervereinigung vorbehaltlos begrüßte, hatte Kohl einen angenehmen Aufenthalt und bekam in Brüssel vor allem Lob zu hören.⁸⁰ Kurz danach erfuhr er jedoch, dass in Luxemburg Genscher nicht nur die polnische Westgrenze erneut für unveränderlich erklärt hatte, sondern auch davon gesprochen hatte, die beiden Bündnisssysteme langfristig in einen „Verbund gemeinsamer kollektiver Sicherheit“ zu überführen.⁸¹ Laut Teltschik war Kohl „voller Zorn“⁸², als er davon erfuhr. Zum einen hatte Genscher erneut seine Autorität missachtet, und zum anderen glaubte er nicht, dass die NATO ersetzt werden könne. Daraufhin ließ er Genscher schriftlich mitteilen, dass er nicht nur gegen beide Positionen sei, sondern sein Vorgehen auch als inakzeptabel ansehe.⁸³

Im Verlauf der nächsten Monate wurden die sowjetischen Widerstände überwunden. Nachdem Gorbatschow am 7. März 1990 eine NATO-Mitgliedschaft des vereinten Deutschlands noch ausgeschlossen hatte, sagte er am 31. Mai zu Bush, dass Deutschland selbst über seine Bündniszugehörigkeit entscheiden könne. Am 15. Juli gab Gorbatschow dann Kohl zu verstehen, dass er die NATO-Mitgliedschaft Deutschlands als gegeben ansah. Wie von Bush und Kohl geplant, war Gorbatschows Meinungswechsel durch deutsche Finanzhilfen für die kollabierende sowjetische Wirtschaft erreicht worden.⁸⁴ Genschers Ansatz dagegen hatte keine Rolle gespielt. Bush war nicht gewillt, Alternativen zur NATO zu erörtern, und Gorbatschow benötigte vor allem Geld und erwog mittlerweile einen sowjetischen NATO-Beitritt.⁸⁵ Dementsprechend ist es auch falsch, aus Genschers Aussage vom 31. Januar abzuleiten, dass die NATO durch die Osterweiterung wortbrüchig geworden sei.

80 Gespräch Kohls mit der Kommission am 23.3.1990. In: AAPD 1989, Dok. 81, S. 333–336.

81 Hans-Dietrich Genscher: Rede vor der Versammlung der Westeuropäischen Union am 23.3.1990 in Luxemburg. In: Ders. (Hrsg.): *Unterwegs zur Einheit. Reden und Dokumente aus bewegter Zeit*. Berlin 1991, S. 258–268, Zitat S. 265.

82 Horst Teltschik: 329 Tage. Innenansicht der Einigung. Berlin 1991, S. 182 f.

83 Sarotte: Nicht einen Schritt weiter (wie Anm. 76), S. 112.

84 Hanns Jürgen Küsters: *Das Ringen um die Deutsche Einheit. Die Regierung Helmut Kohl im Brennpunkt der Entscheidungen 1989/90*. Freiburg im Breisgau 2009, S. 297–354.

85 Sarotte: Nicht einen Schritt weiter (wie Anm. 76), S. 107–110.

Zum Abschluss der Verhandlungen musste noch die Grenzfrage geklärt werden. Anfang März war die Koalition bei der Frage, ob nach der Volkskammerwahl beide deutschen Staaten einen Vertrag mit Polen unterzeichnen sollten, aneinandergeraten.⁸⁶ Am Ende hatte Genscher Kohl abgerungen, dass die beiden freigewählten Parlamente und Regierungen möglichst bald nach den Wahlen eine gleichlautende Erklärung abgeben würden. Polen, wo die Vorstellung, einem übermächtigen, vereinten Deutschland gegenüberzustehen, große Angst ausgelöst hatte,⁸⁷ wollte verständlicherweise mehr und unterbreitete beiden deutschen Staaten Ende April den Entwurf eines Grenzvertrages. Kohl lehnte es jedoch ab, zu verhandeln. Sein Misstrauen gegenüber Genscher war so groß, dass er ihm unter ausdrücklichem Verweis auf seine Richtlinienkompetenz verbot,⁸⁸ eigenständig zu verhandeln.

Nachdem Gorbatschow am 15. Juni seine endgültige Zustimmung zur NATO-Mitgliedschaft des wiedervereinten Deutschland gegeben hatte, war es höchste Zeit, die Oder-Neiße-Grenze zu bestätigen. Alle vier Siegermächte verlangten das. Kohl erklärte, dass Deutschland Polen innerhalb von drei Monaten nach dem Zusammentritt des gesamtdeutschen Bundestags den Entwurf eines Grenzvertrages vorlegen würde. Daraufhin konnte Genscher beim dritten Zwei-plus-Vier-Ministergespräch am 17. Juli, bei dem der polnische Außenminister eingeladen war, die Angelegenheit abschließend regeln. Abweichend von Kohls Zeitrahmen vereinbarte er allerdings, dass der Vertrag nach der Wiedervereinigung schnellstmöglich unterschrieben werde.⁸⁹ Bis auf wenige Abweichler stimmte die CDU/CSU-Fraktion diesem Vorgehen zu,⁹⁰ womit der größte Streitpunkt zwischen Kohl und Genscher ausgeräumt war. Am 14. November konnte Genscher in Warschau den Deutsch-Polnischen Grenzvertrag⁹¹ unterschreiben. Die Republikaner sollten nicht davon profitieren. Sie erhielten bei der Bundestagswahl im Dezember nur 2,1 Prozent der Stimmen.

86 Geiger: Deutsche Einheit (wie Anm. 60), S. 161 f.

87 Heike Amos: Die Oder-Neiße-Grenze. Vom Problem zur Verhandlungslösung 1989/90. In: Tim Geiger u.a. (Hrsg.): Zwei plus Vier. Die internationale Gründungsgeschichte der Berliner Republik. Berlin/München 2022, S. 87–101, hier S. 98–101.

88 Horst Möller/Heike Amos (Hrsg.): Die Einheit das Auswärtige Amt, das DDR-Außenministerium und der Zwei-plus-Vier-Prozess. Dokument 103, S. 517 f.

89 Geiger: Deutsche Einheit (wie Anm. 60), S. 165.

90 Schwarz: Kohl (wie Anm. 7), S. 578.

91 Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die Bestätigung der zwischen ihnen bestehenden Grenze vom 14. November 1990. <<https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/newsletter-und-abos/bulletin/v-ertrag-zwischen-der-bundesrepublik-deutschland-und-der-republik-polen-788572>> (20.4.2025).

Den Abschluss der Verhandlungen brachte der Zwei-plus-Vier-Vertrag⁹², der am 12. September in Moskau unterschrieben wurde. Bis wenige Stunden vor Vertragsabschluss war über die Stationierung nichtdeutscher Truppen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR verhandelt worden. Zusammen mit dem sowjetischen Außenminister Eduard Schewardnadse und James Baker gelang es Genscher aber noch, einen Kompromiss zu finden.⁹³ Damit konnte die Wiedervereinigung wie geplant am 3. Oktober stattfinden. Einzig Margaret Thatcher hatte sich bis zuletzt dagegen gesperrt.⁹⁴ Ihre Einflussmöglichkeiten waren aber gering gewesen. Ihr damaliger Außenminister Douglas Hurd sagte im Rückblick: „Genscher und Kohl waren der Schlüssel. Sie machten das Wetter. Und sie vertrauten einander nicht einmal“.⁹⁵ Mitterrand dagegen konnte zufrieden sein. Seine vier Anliegen, Währungsunion, Oder-Neiße-Grenze, Atomwaffenverzicht und NATO-Mitgliedschaft, waren vollzogen worden. Für Deutschland begann jetzt dank seiner erfolgreichen Außenpolitik eine neue Epoche, mit sichereren Grenzen, starken Bindungen und im Frieden mit seinen Nachbarn.

6. Fazit

Die Konflikte zwischen Kohl und Genscher folgten einem wiederkehrenden Muster. Kohl legte sich auf eine Position fest und Genscher versuchte sie zu revidieren, wobei er relevante Kräfte in Deutschland und wichtige auswärtige Verbündete der Bundesrepublik hinter sich hatte. Sowohl bei der doppelten Null-Lösung als auch bei der Währungsunion konnte sich Genscher damit durchsetzen. Bei der Oder-Neiße-Grenze gab Kohl dagegen nicht nach, was sein Verhältnis zu Genscher und die Koalition schwer belastete. Ermutigt davon, dass er Gorbatschow richtig eingeschätzt hatte, und durch Mitterrands Reaktion auf das Zehn-Punkte-Programm in seinen Bedenken gegenüber Kohl bestätigt, versuchte Genscher, die Führung in der Außenpolitik zu übernehmen. Seine Vorschläge zur Zukunft der europäischen Sicherheitsarchitek-

92 Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland vom 12. September 1990 (Zwei-plus-Vier-Vertrag). <<https://www.auswaertiges-amt.de/resource/lob/243466/2851e102b97772a5772e9fdb8a978663/vertragstextoriginal-data.pdf>> (20.4.2025).

93 Genscher: Erinnerungen (wie Anm. 14), S. 865–873.

94 Klaus Larres: Margaret Thatcher and German Unification revisited. In: Mueller: Revolutions of 1989 (wie Anm. 73), S. 355–384.

95 Douglas Hurd gegenüber Mary Elise Sarotte. In: Sarotte: Nicht einen Schritt weiter (wie Anm. 76), S. 89.

tur widersprachen jedoch den Vorstellungen des amerikanischen Präsidenten Bush, weswegen Kohl sich diesmal durchsetzte.

Hinter dem Streit standen dabei unterschiedliche Weltanschauungen. Genschers Handeln war vom liberalen Fortschrittsoptimismus geprägt. Gorbatschows Politik wurde als Chance betrachtet, und die Bestätigung der Währungsunion und der Oder-Neiße-Grenze sollten auch dazu dienen, Deutschland in die bestmögliche Lage zu versetzen, diese Chance zu nutzen. Kohl dagegen dachte mehr im Rahmen eines sicherheitsorientierten Konservativismus. Gorbatschow wurde mit Misstrauen bedacht und die Dynamik, die sich aus seiner Politik entwickelte, wurde erst spät erkannt. Dementsprechend erschien die Bestätigung der Währungsunion und der Oder-Neiße-Grenze als nicht besonders dringend und wurde der Bekämpfung innenpolitischer Gefahren, wie dem Verlust des Vertrauens der Bürger in die Währungsstabilität oder dem Aufstieg einer rechtsradikalen Partei, untergeordnet. Auch die Diskussion um die Zukunft der europäischen Sicherheitsarchitektur war von diesen unterschiedlichen Perspektiven geprägt. Während Genscher an kooperative Strukturen für eine zukünftige Friedensära dachte, glaubte Kohl daran, dass die NATO für künftige Krisen in eine gute Position gebracht werden sollte. Im Rückblick lässt sich feststellen, dass Kohl die Möglichkeiten, die sich durch Gorbatschow boten, unterschätzt und Genscher die Möglichkeiten für eine neue Sicherheitsarchitektur überschätzt hatte.

Im Streit zwischen Kohl und Genscher spiegelten sich auch die unterschiedlichen Ansichten ihrer Parteien. Bei der Ostpolitik und insbesondere in Bezug auf die Oder-Neiße-Grenze waren die Nachwirkungen älterer Auseinandersetzungen deutlich zu spüren. Hier prallte das Selbstverständnis der FDP, die Bewahrerin der Neuen Ostpolitik zu sein, auf das Selbstverständnis der CSU, dass es keine Partei rechts von ihr geben dürfe. Verschärfend kam hinzu, dass die politische Situation des Jahres 1989 den Raum für Kompromisse einschränkte. Kohl, der um sein politisches Überleben kämpfte, hatte sich in Abhängigkeit der CSU begeben, und Genscher wollte die einmalige außenpolitische Gelegenheit, die sich anbahnte, nicht mit der Grenzfrage belasten. Kein Konfliktfeld hat die Koalition stärker belastet und mehr zum persönlichen Zerwürfnis beigetragen als die Oder-Neiße-Grenze.

Dass es durch den Streit nicht zum Bruch kam, lag daran, dass Kohl und Genscher bei grundsätzlichen Fragen ähnliche Vorstellungen hatten und dass die Koalitionsräson ihre Zusammenarbeit verlangte. Dabei blieb ihr Verhältnis trotz der wachsenden Konkurrenz professionell. Genschers Eigenständigkeit erzeugte zwar Dissonanz, ermöglichte ihm aber auch als Korrektiv zu oder Garant einer Position aufzutreten, wovon die deutsche Außenpolitik profitier-

te. Schlussendlich stand dem konfliktreichen Verhältnis eine sehr erfolgreiche Außenpolitik gegenüber.

